

Niederschrift

über die 15. Sitzung des Kreisausschusses am Mittwoch, dem 12.12.2012 im großen Sitzungssaal des Kreishauses I, Friedrich-Ebert-Straße 7, 48653 Coesfeld

Beginn: 16:30 Uhr

Ende: 18:00 Uhr

Anwesenheit:

Vorsitzender

Landrat Püning, Konrad

CDU-Kreistagsfraktion

Egger, Hans-Peter
Holz, Anton *Vertretung für Frau Anna Maria Willms*
Kleerbaum, Klaus-Viktor
Schulze Eskin, Werner
Schulze Zumkley, Franz-Josef
Suntrup, Gottfried
Terwort, Heinrich
Voß, Bruno Prof. Dr.

SPD-Kreistagsfraktion

Bednarz, Waltraud
Lonz, Lambert
Rampe, Carsten
Schäpers, Margarete

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreistagsfraktion

Pieper, Anneliese
Vogelpohl, Norbert

FDP-Kreistagsfraktion

Stauff, Gerhard

UWG-Kreistagsfraktion

Hesse, Uwe

Verwaltung

Gilbeau, Joachim L.
Schütt, Detlef
Scheipers, Ansgar Dr.
Brockkötter, Ulrike
Bosman, Alois (*nur öffentlicher Teil*)
Heuermann, Wolfgang
Husmann, Sabrina (*Schriftführerin*)

Landrat Püning eröffnet die Sitzung mit Grußworten an die Mitglieder des Kreisausschusses, die Vertreter der Verwaltung, die Presse und die Zuhörer.

Vorwort

LR Püning erteilt vor der Beratung über die Tagesordnung Ktabg. Vogelpohl das Wort für eine persönliche Erklärung.

Ktabg. Vogelpohl bezieht sich auf einen Artikel auf der Kreisseite der Westfälischen Nachrichten vom 01.12.2012. Das dort abgedruckte Interview mit dem Ktabg. Dr. Kraneburg habe zu erheblichen Irritationen und einer angespannten Atmosphäre im Ausschuss für Umwelt, öffentliche Sicherheit und Ordnung geführt. Das Interview sei bereits im September diesen Jahres geführt worden. Warum die Veröffentlichung erst zu diesem Zeitpunkt erfolgt sei, erschließe sich ihm nicht. Bis zur Veröffentlichung des Interviews hätten mehrere Sitzungen stattgefunden und sich damit ein neuer Sachstand ergeben. Durch die späte Veröffentlichung sei ein falscher Eindruck entstanden, den er bedauere. Ktabg. Vogelpohl hofft und ist zuversichtlich, dass sich die gewohnt neutrale Atmosphäre im Ausschuss wieder einstellen wird. Die Sitzungsleitung sei ihm nicht so neutral erschienen, wie sie nach seinen Vorstellungen wünschenswert sei.

Im Anschluss erteilt Landrat Püning auch dem Ktabg. Schulze Esking für eine persönliche Erklärung das Wort.

Ktabg. Schulze Esking bestätigt als Mitglied des betreffenden Fachausschusses die allgemeine Verärgerung über das Interview. Gleichwohl sei in der letzten Sitzung sachlich beraten worden. Er könne eine parteiliche Sitzungsleitung durch den Vorsitzenden Dr. Wenning auch dadurch nicht erkennen, dass dieser viele Dinge schriftlich vorbereitet habe. Er äußert seinen Unmut darüber, dass der Ktabg. Dr. Kraneburg in der Ausschusssitzung nicht von dem Interview berichtet habe.

Landrat Püning appelliert, wie bisher gut in der Sache zusammen zu arbeiten.

Gem. § 5 der GeschO stellt Landrat Püning sodann fest, dass der Kreisausschuss

- a) gem. § 1 (1) GeschO ordnungsgemäß geladen und
- b) gem. § 52 Absatz 2 KrO beschlussfähig ist.

Es wird sodann nach folgender Tagesordnung beraten und beschlossen:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Genehmigung von Dienstreisen
Vorlage: SV-8-0799
- 2 Bestellung eines Prüfers im Rechnungsprüfungsamt
Vorlage: SV-8-0786
- 3 Satzung des Kreises Coesfeld über die Benutzung des Rettungsdienstes und die Erhebung von Gebühren
Vorlage: SV-8-0778

- 4 Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen auf dem Gebiet der Veterinär- und Lebensmittelüberwachung sowie der Fleischhygiene
Vorlage: SV-8-0783
- 5 Achte Satzung zur Änderung der Gebührensatzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung von Abfallentsorgungsanlagen
Vorlage: SV-8-0762
- 6 Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung im Kreis Coesfeld
Vorlage: SV-8-0779
- 7 Inklusion im Schulbereich
Vorlage: SV-8-0790/1
- 8 Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Stadt Münster und dem Kreis Coesfeld über die Durchführung der Aufgaben des Amtsapothekers /der Amtsapothekerin
Vorlage: SV-8-0766
- 9 Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) im Kreis Coesfeld; Beratung über die Aufteilung des SGB II – Eingliederungsbudgets 2013
Vorlage: SV-8-0758
- 10 Änderung der Elternbeitragssatzung
Vorlage: SV-8-0774
- 11 Baubeschluss über den Neubau der Rettungswache an der Ottmarsbocholter Str. 22 in 48308 Senden
Vorlage: SV-8-0776
- 12 Resolution zum Bau der Ortsumgehung Nottuln; hier: Antrag der CDU-Kreistagsfraktion
Vorlage: SV-8-0805
- 13 Baubeschluss zur Abwicklung der Straßenbaumaßnahme K 48 (AN 8)
Vorlage: SV-8-0767
- 14 Baubeschluss zur Abwicklung der Straßenbaumaßnahme K 27 (AN 7)
Vorlage: SV-8-0768
- 15 Prüfung des Entwurfs des Jahresabschlusses 2011
Vorlage: SV-8-0800
- 16 Beteiligung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden im Aufstellungsverfahren zum Kreishaushalt 2013 gem. § 55 KrO
Vorlage: SV-8-0802
- 17 Stellenplan für das Haushaltsjahr 2013
Vorlage: SV-8-0801
- 18 Entwurf Haushalt 2013
Vorlage: SV-8-0770/1
- 19 Mitteilungen des Landrats

20 Anfragen der Ausschussmitglieder

Nichtöffentlicher Teil

- 1 Beförderung eines Beamten
Vorlage: SV-8-0748
- 2 Mitteilungen des Landrats
- 3 Anfragen der Ausschussmitglieder
- 4 Presseveröffentlichungen

KREIS COESFELD

N i e d e r s c h r i f t
über die 15. Sitzung des
Kreisausschusses
am 12.12.2012
TOP 1 öffentlicher Teil
SV-8-0799

Genehmigung von Dienstreisen

Beschluss:

Die Dienstreisen der Ktabg. Hesse, Schulze Eskin, Vogelpohl und Dr. Wenning zur Verleihung des „European Energy Award“ am 13.11.2012 nach Oberhausen werden nachträglich genehmigt.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: einstimmig

KREIS COESFELD

N i e d e r s c h r i f t
über die 15. Sitzung des
Kreisausschusses
am 12.12.2012
TOP 2 öffentlicher Teil
SV-8-0786

Bestellung eines Prüfers im Rechnungsprüfungsamt

Beschluss:

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag:

Herr Daniel-Stricker Thiemann wird mit Wirkung vom 01.01.2013 zum Prüfer des Rechnungsprüfungsamtes bestellt.

Form der Abstimmung:	offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis:	einstimmig

KREIS COESFELD

N i e d e r s c h r i f t
über die 15. Sitzung des
Kreisausschusses
am 12.12.2012
TOP 3 öffentlicher Teil
SV-8-0778

Satzung des Kreises Coesfeld über die Benutzung des Rettungsdienstes und die Erhebung von Gebühren

Beschluss:

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag:

Die im Entwurf beigefügte „Satzung über die Benutzung des Rettungsdienstes und die Erhebung von Gebühren“ (Anlage 2) wird beschlossen.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: einstimmig

Anmerkungen:

Der Entwurf der Satzung über die Benutzung des Rettungsdienstes und die Erhebung von Gebühren wurde allen Kreistagsabgeordneten zusammen mit der Sitzungsvorlage übersandt. Er wird daher nur noch dem Original dieser Niederschrift beigefügt.

KREIS COESFELD

N i e d e r s c h r i f t
über die 15. Sitzung des
Kreisausschusses
am 12.12.2012
TOP 4 öffentlicher Teil
SV-8-0783

Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen auf dem Gebiet der Veterinär- und Lebensmittelüberwachung sowie der Fleischhygiene

Beschluss:

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag:

Die im Entwurf als Anlage 1 beigefügte „Satzung zur Änderung der Satzung des Kreises Coesfeld über die Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen auf dem Gebiet der Veterinär- und Lebensmittelüberwachung sowie der Fleischhygiene“ wird beschlossen.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: einstimmig

Anmerkungen:

Der Entwurf der Satzung zur Änderung der Satzung des Kreises Coesfeld über die Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen auf dem Gebiet der Veterinär- und Lebensmittelüberwachung sowie der Fleischhygiene wurde allen Kreistagsabgeordneten zusammen mit der Sitzungsvorlage übersandt. Er wird daher nur noch dem Original dieser Niederschrift beigefügt.

KREIS COESFELD

N i e d e r s c h r i f t
über die 15. Sitzung des
Kreisausschusses
am 12.12.2012
TOP 5 öffentlicher Teil
SV-8-0762

Achte Satzung zur Änderung der Gebührensatzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung von Abfallentsorgungsanlagen

Beschluss:

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag:

Die im Entwurf beigefügte „Achte Satzung zur Änderung der Satzung des Kreises Coesfeld über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung von Abfallentsorgungsanlagen“ wird beschlossen.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: einstimmig

Anmerkungen:

Der Entwurf der achten Satzung zur Änderung der Satzung des Kreises Coesfeld über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung von Abfallentsorgungsanlagen wurde allen Kreistagsabgeordneten zusammen mit der Sitzungsvorlage übersandt. Er wird daher nur noch dem Original dieser Niederschrift beigefügt.

KREIS COESFELD

N i e d e r s c h r i f t
über die 15. Sitzung des
Kreisausschusses
am 12.12.2012
TOP 6 öffentlicher Teil
SV-8-0779

Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung im Kreis Coesfeld

Beschluss:

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag:

Die im Entwurf beigefügte „Erste Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung im Kreis Coesfeld“ wird beschlossen.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: einstimmig

Anmerkungen:

Der Entwurf der ersten Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung im Kreis Coesfeld wurde allen Kreistagsabgeordneten zusammen mit der Sitzungsvorlage übersandt. Er wird daher nur noch dem Original dieser Niederschrift beigefügt.

Inklusion im Schulbereich

Landrat Püning verweist auf die zwei bekannten Resolutionsentwürfe der CDU-Kreistagsfraktion sowie der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Im zuständigen Ausschuss für Schule, Kultur und Sport hätten die Fraktionen die Zusammenfassung beider Resolutionen möglichst bis zur Kreistagssitzung verabredet, um eine breite Zustimmung zu erzielen.

Ktabg. Klerbaum erklärt, die beiden Resolutionsentwürfe seien allen Kreistagsfraktionen zugegangen. Ein neuer, gemeinsamer Entwurf bestehe noch nicht. Der Abstimmungsprozess habe sich bis kurz vor die Sitzung erstreckt, so dass er die Verschiebung des Tagesordnungspunktes auf die Kreistagssitzung am 19.12.2012 vorschlage. Sollte es dennoch zu einer Abstimmung kommen, sehe sich die CDU-Kreistagsfraktion derzeit nicht in der Lage, von ihrer bisherigen Position abzuweichen. Ktabg. Klerbaum schlägt vor, den aktuellen gemeinsamen Entwurf den Kreistagsfraktionen zur Vorbereitung auf die nächste Kreistagssitzung zeitnah zur Verfügung zu stellen. Eine Abstimmung zwischen den Fraktionen könne somit Anfang der 51. KW erfolgen. Im Laufe der bisherigen Diskussionen sei jedoch deutlich geworden, dass die Tendenz bei allen Beteiligten ähnlich sei. Die schulische Inklusion werde die Gremien ähnlich wie bei der U3-Betreuung die nächsten 10 Jahre beschäftigen und alle Städte und Gemeinden vor finanzielle Herausforderungen stellen. Schließlich hätten die Kommunen die Inklusion über die Kreisumlage zu finanzieren. Eine entsprechende Sensibilität sei vor dem Hintergrund von Schulschließungen daher unabdingbar. Schnellschüsse solle man nicht riskieren. Kostenbelastungen wegen durchzuführender Veränderungsprozesse gelte es möglichst zu verhindern.

Ktabg. Vogelpohl widerspricht seinem Vorredner insoweit, indem er den Zeitraum, in dem sich die Räte mit dem Thema Inklusion zu beschäftigen haben, auf bis zu drei Dekaden erweitert. Im Weiteren stimmt er Ktabg. Klerbaum zu; die Thematik bedürfe einer sorgfältigen Herangehensweise. Man dürfe das Thema nicht über das „Knie brechen“. Der Resolutionsentwurf der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sei mit dem Leitspruch „Nicht reden, sondern handeln!“ versehen. Unter dieser Prämisse müsse sich der Kreis auch an das Land wenden, denn es brauche gute Umstände um eine gute Inklusion in einem guten Prozess hinzubekommen. Der Abstimmungsprozess werde fortgeführt.

LR Püning fasst abschließend zusammen, dass heute keine Abstimmung erfolge und die Fraktionen versuchen, einen gemeinsamen Text zu entwickeln.

Sodann wird der Tagesordnungspunkt ohne förmliche Abstimmung einvernehmlich an den Kreistag am 19.12.2012 verwiesen.

KREIS COESFELD

N i e d e r s c h r i f t
über die 15. Sitzung des
Kreisausschusses
am 12.12.2012
TOP 8 öffentlicher Teil
SV-8-0766

Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Stadt Münster und dem Kreis Coesfeld über die Durchführung der Aufgaben des Amtsapothekers /der Amtsapothekerin

Beschluss:

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag:

Der Kreis Coesfeld schließt mit der Stadt Münster die im Entwurf beigefügte „öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Stadt Münster und dem Kreis Coesfeld über die Durchführung der Aufgaben des Amtsapothekers / der Amtsapothekerin“, um die Aufgabenwahrnehmung ab dem 01. Januar 2013 sicherzustellen.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: einstimmig

Anmerkungen:

Der Entwurf der öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Stadt Münster und dem Kreis Coesfeld über die Durchführung der Aufgaben des Amtsapothekers / der Amtsapothekerin wurde allen Kreistagsabgeordneten zusammen mit der Sitzungsvorlage übersandt. Er wird daher nur noch dem Original dieser Niederschrift beigefügt.

Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) im Kreis Coesfeld; Beratung über die Aufteilung des SGB II – Eingliederungsbudgets 2013

Beschluss:

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag:

Die Bundesmittel für die berufliche Eingliederung werden im Jahre 2013 wie folgt auf die Teilbudgets aufgeteilt:

I. Eingliederungsleistungen aus dem Vermittlungsbudget:	225.000 €	6,85 %
II. Maßnahmen zur Aktivierung und berufl. Eingliederung:	1.020.000 €	31,05 %
III. Leistungen zur beruflichen Eingliederung:	1.100.000 €	33,49 %
IV. Bildungsgutscheine:	290.000 €	8,83 %
V. JobPerspektive § 16e SGB II:	340.000 €	10,35 %
VI. Sonderprogramm Perspektive 50plus:	270.000 €	8,22 %
VII. Freie Förderung:	25.000 €	0,76 %
VIII. Erstattungen aus Vorjahren:	15.000 €	0,46 %
Summe:	3.285.000 €	100,00 %

Eine Anpassung der Teilbudgets durch die Verwaltung ist möglich. Der örtliche Beirat wird über diese Änderungen informiert.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: einstimmig

KREIS COESFELD

N i e d e r s c h r i f t
über die 15. Sitzung des
Kreisausschusses
am 12.12.2012
TOP 10 öffentlicher Teil
SV-8-0774

Änderung der Elternbeitragssatzung

Beschluss:

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag:

Die im Entwurf als Anlage 1 beigefügte „Änderungssatzung zur Satzung über die Durchführung des Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern“ wird beschlossen.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: einstimmig

Anmerkungen:

Der Entwurf der Änderungssatzung zur Satzung über die Durchführung des Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern wurde allen Kreistagsabgeordneten zusammen mit der Sitzungsvorlage übersandt. Er wird daher nur noch dem Original dieser Niederschrift beigefügt.

KREIS COESFELD

N i e d e r s c h r i f t
über die 15. Sitzung des
Kreisausschusses
am 12.12.2012
TOP 11 öffentlicher Teil
SV-8-0776

**Baubeschluss über den Neubau der Rettungswache an der Ottmarsbocholter Str. 22 in
48308 Senden**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Maßnahmen für den Neubau der Rettungs-
wache in Senden zu veranlassen.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: einstimmig

KREIS COESFELD

N i e d e r s c h r i f t
über die 15. Sitzung des
Kreisausschusses
am 12.12.2012
TOP 12 öffentlicher Teil
SV-8-0805

Resolution zum Bau der Ortsumgehung Nottuln; hier: Antrag der CDU-Kreistagsfraktion

Zunächst verweist Landrat Püning auf den vorliegenden Antrag der CDU-Kreistagsfraktion über eine Resolution zum Bau der Ortsumgehung Nottuln.

Ergänzend informiert er die Anwesenden über die aktuelle Entwicklung auf der Bundesebene. So sei am 12.12.2012 eine Mitteilung des Bundes erfolgt, dass es für die Baumaßnahme Ortsumgehung Nottuln „grünes Licht“ gegeben habe. Der Bundestagsabgeordnete Schiewerling habe Bürgermeister Schneider persönlich über den Sachstand informiert. Seitens des Bundes seien somit alle Voraussetzungen für einen sofortigen Baubeginn erfüllt worden. Nun sei das Land NRW am Zuge, eine zeitnahe Umsetzung zu ermöglichen.

LR Püning erkundigt sich bei der CDU-Kreistagsfraktion, ob der vorliegende Antrag nunmehr entbehrlich sei, da die Mittel seitens des Bundes zur Verfügung gestellt werden.

Ktabg. Kleebaum resümiert, angesichts der langwierigen Diskussionen auf Bundesebene sei die Resolution zur richtigen Zeit auf den Weg gebracht worden. Es handele sich um eine wichtige verkehrliche Maßnahme und ein gutes Zeichen an die Region. Die Ortsumgehung sei eine wichtige Ergänzung des Verkehrsnetzes und der Ost-West-Tangente. Nun müsse ein Appell an die Landesregierung erfolgen, den weiteren Weg freizumachen. Auch dürfe die B 67n als weiterer Knotenpunkt im Kreis Coesfeld nicht vergessen werden. Die Resolution solle, auf den derzeitigen Verfahrensstand angepasst, an die Landesregierung gerichtet werden. Er kündigte an, einen umformulierten Resolutionsentwurf für den Kreistag vorzulegen.

Ktabg. Vogelpohl sieht für den Kreis keine originäre Zuständigkeit, jedoch wegen der Wirkung eine Betroffenheit des Kreises. Er kritisiert, die Etatserhöhung des Bundesministeriums für Verkehr sei mit der Maßgabe erfolgt, mehr Haushaltsmittel in die Straßenunterhaltung zu investieren. Stattdessen würden u.a. Straßenbauprojekte in Bayern und einige wenige Projekte in Nordrhein-Westfalen durchgeführt. Es finde eine Asphaltierung der Landschaft statt. Die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN könne der Resolution folglich nicht zustimmen.

Ktabg. Rampe favorisiert ein Verschieben des Tagesordnungspunktes. Bevor eine Resolution an die Landesregierung gerichtet werde, solle die Verwaltung zunächst den aktuellen Beratungsstand in Erfahrung bringen. In der nächsten Kreistagsitzung am 19.12.2012 könne dann über einen abgeänderten Resolutionsentwurf abgestimmt werden. Er gehe davon aus, dass das Land NRW auf die Mittelfreigabe durch den Bund gewartet habe.

Der Tagesordnungspunkt wird ohne förmliche Abstimmung zur abschließenden Beratung an den Kreistag am 19.12.2012 verwiesen.

KREIS COESFELD

N i e d e r s c h r i f t
über die 15. Sitzung des
Kreisausschusses
am 12.12.2012
TOP 13 öffentlicher Teil
SV-8-0767

Baubeschluss zur Abwicklung der Straßenbaumaßnahme K 48 (AN 8)

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Maßnahmen für die Erneuerung der Fahrbahndecke auf einem 2,3 km langen Streckenabschnitt der K 48 (Abschnitt 8) in Dülmen-Rorup zu veranlassen.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: einstimmig

KREIS COESFELD

N i e d e r s c h r i f t
über die 15. Sitzung des
Kreisausschusses
am 12.12.2012
TOP 14 öffentlicher Teil
SV-8-0768

Baubeschluss zur Abwicklung der Straßenbaumaßnahme K 27 (AN 7)

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Maßnahmen für den Ausbau der Fahrbahn und der Herstellung eines Radweges auf einem 1,3 km langen Teilabschnittes der K 27 (Abschnitt 7) in Senden zu veranlassen.

Die Zustimmung erfolgt mit der Maßgabe, dass eine Auftragsvergabe erst erfolgen darf, wenn die Haushaltsmittel für den Ausbau in 2013 bereitgestellt werden und der Produkthaushalt seine Rechtskräftigkeit erlangt hat.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: einstimmig

Prüfung des Entwurfs des Jahresabschlusses 2011

Ktabg. Rampe erklärt, im Rechnungsprüfungsausschuss habe es keine grundlegenden inhaltlichen Diskussionen gegeben. Lediglich die graphischen Darstellungen im Prüfungsbericht könnten optimiert werden.

Beschluss:

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag:

1. Der Kreistag nimmt den „Bericht der Rechnungsprüfung über die Prüfung des Entwurfs des Jahresabschlusses zum 31.12.2011 und des Lageberichtes des Kreises Coesfeld für das Haushaltsjahr 2011“ vom 15.11.2012 zur Kenntnis.
2. Der Kreistag stellt den vom Rechnungsprüfungsausschuss testierten Jahresabschluss des Kreises Coesfeld für das Haushaltsjahr 2011 in der Fassung vom 15.11.2012 mit einer **Bilanzsumme von 324.857.386,26 Euro** und einem **Jahresüberschuss von 573.014,68 Euro** fest.
3. Der Kreistag erteilt dem Landrat für den Jahresabschluss 2011 gem. § 53 Abs. 1 KrO NRW i.V.m. § 96 GO NRW die Entlastung.
4. Der Kreistag beschließt, dass der Jahresüberschuss 2011 in Höhe von 573.014,68 Euro dem Eigenkapital, hier der allgemeinen Rücklage, zugeführt wird.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: einstimmig

KREIS COESFELD

N i e d e r s c h r i f t
über die 15. Sitzung des
Kreisausschusses
am 12.12.2012
TOP 16 öffentlicher Teil
SV-8-0802

Beteiligung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden im Aufstellungsverfahren zum Kreishaushalt 2013 gem. § 55 KrO

Aufgrund der einheitlichen Beratung der haushaltsbezogenen Sitzungsvorlagen (SV-8-0802, SV-8-0801 und SV-8-0770/1) zu den Tagesordnungspunkten 16 bis 18 des öffentlichen Teils wird hinsichtlich des Beratungsverlaufs auf die Darstellung der Niederschrift zum TOP 18 des öffentlichen Teils dieser Sitzung verwiesen.

Beschluss:

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, den kreisangehörigen Städten und Gemeinden das Beratungsergebnis mitzuteilen.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: einstimmig

KREIS COESFELD

N i e d e r s c h r i f t
über die 15. Sitzung des
Kreisausschusses
am 12.12.2012
TOP 17 öffentlicher Teil
SV-8-0801

Stellenplan für das Haushaltsjahr 2013

Aufgrund der einheitlichen Beratung der haushaltsbezogenen Sitzungsvorlagen (SV-8-0802, SV-8-0801 und SV-8-0770/1) zu den Tagesordnungspunkten 16 bis 18 des öffentlichen Teils wird hinsichtlich des Beratungsverlaufs auf die Darstellung der Niederschrift zum TOP 18 des öffentlichen Teils dieser Sitzung verwiesen.

Beschluss:

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag:

Der Stellenplan des Kreises Coesfeld für das Haushaltsjahr 2013 – Anlage zum Entwurf des Produkthaushaltes 2013 – wird beschlossen.

Form der Abstimmung:	offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis:	11 JA-Stimmen
	6 Enthaltungen

Entwurf Haushalt 2013

Einleitend weist Landrat Püning darauf hin, dass nach langjähriger Übung die haushaltsbezogenen Sitzungsvorlagen SV-8-0802, SV-8-0801 und SV-8-0770/1 zu den Tagesordnungspunkten 16 bis 18 des öffentlichen Teils gemeinsam beraten werden. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Landrat Püning schlägt vor, zunächst die Änderungsliste 02/2013 zu behandeln. Auf der Liste befände sich mit der Verlustabdeckung RVM ein noch nicht abschließend behandelter Punkt. Ferner gebe es verschiedene Anträge. Aus diesem Grund würde LR Püning, die Zustimmung der Ausschussmitglieder vorausgesetzt, die einzelnen Punkte der Änderungsliste aufrufen, um sie ggf. zu thematisieren.

Landrat Püning gibt den Kreistagsabgeordneten hiernach die Gelegenheit, Fragen zu stellen. Ktabg. Schulze Esking bezieht sich auf die als Tilgung von KfW-Krediten vorgesehene Ansparrung der Schulpauschale. Er bittet um Auskunft, wie eine kontinuierliche Verwendung der Pauschale für diesen Zweck durch die Verwaltung gewährleistet werden kann.

LR Püning erläutert, zunächst wäre ein entsprechender Beschluss zu fassen. Die Verwaltung würde in den künftigen Haushaltsaufstellungsverfahren sicherstellen, dass eine entsprechende Mittelverwendung erfolgt. Er gibt jedoch zu bedenken, dass die künftige Höhe der Schulpauschale mit gewissen Unsicherheiten behaftet sei. Weiterhin könnten künftige Kreistage nicht gebunden werden.

Ktabg. Rampe erkundigt sich nach dem im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung besprochenen Sperrvermerk für die Verlustabdeckung RVM. Herr Kreisdirektor Gilbeau führt aus, dieser sei Bestandteil der Änderungsliste.

Landrat Püning zieht den Schluss, dass angesichts der zusätzlichen Kostenbelastung aus dem Bereich ÖPNV sowie den Veränderungen, die sich aus der 2. Modellrechnung des GFG ergeben haben, die Kreisumlage gegenüber dem eingebrachten Entwurf nur geringfügig gesenkt werden könne.

Ktabg. Kleebaum verweist auf die Debatte im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung. Der zusätzlich abzudeckende Fehlbetrag der RVM sei ein erhebliches Ärgernis.

Die in der Änderungsliste enthaltene Erhöhung für Investitionen sei eine zwingende Notwendigkeit. Auch der Kreis müsse auf den Erhalt seiner Vermögenswerte achten. Es dürfe nicht ausschließlich der Schuldenstand betrachtet werden. Die Kreditfinanzierung sei für den Kreis ein effektiver, wirtschaftlicher Vorteil. Im Ergebnis würde der wirtschaftliche Vorteil überwiegen und dazu führen, dass eine Verschlechterung bzw. eine Erhöhung der Kreisumlage verhindert werden könne. Als Maßstab einer nachhaltigen Investitionsplanung müssten positive Nettoinvestitionen erzielt werden.

Ktabg. Kleebaum ergänzt im Weiteren seine Aussage zur Verlustabdeckung der RVM. Der

Kreis habe sich in der Vergangenheit bereits eindeutig positioniert. Die Beteiligungen und Zusammenhänge zwischen den einzelnen Zweckverbänden etc. seien mittlerweile sehr unübersichtlich geworden, so dass sie kaum noch zu überblicken wären. Dennoch dankt der Redner den Ktabg. Lonz und Suntrup für ihr unermüdliches Engagement in Sachen ÖPNV und die gute Wahrung der Kreisinteressen.

Es sei jedoch unverzichtbar, transparente Verfahrensabläufe zu schaffen, die eine Prüfung und Überwachung durch die Gremien und Vertreter der Körperschaften ermöglichen. Aufgabe des Herrn Kreisdirektor Gilbeau sei es, diese Möglichkeiten zu schaffen. Schließlich sei die jetzige Situation auch den Städte und Gemeinden nicht länger zuzumuten. Es seien alle Möglichkeiten auszuschöpfen.

Ktabg. Suntrup erklärt, in Bezug auf den weiteren Fehlbetrag habe es auch im Aufsichtsrat keinen Hinweis gegeben. Es dürfe jedoch nicht vergessen werden, dass man im vergangenen Jahr von der gültigen Abrechnungspraxis profitiert habe. Damals hätte sich die Verlustabdeckung wegen der aperiodischen Auflösung von Rücklagen zum Positiven entwickelt, was eine Entlastung des Haushalts zur Folge gehabt habe. Auch der Geschäftsführer der RVM sei mit der derzeitigen Situation unzufrieden. Im Februar nächsten Jahres würden alle Parameter offen gelegt, um den Beteiligten Klarheit zu verschaffen.

Ktabg. Rampe führt aus, das Thema RVM sei auch im Rechnungsprüfungsausschuss besprochen worden. Das RPA sieht sich demnach in der Lage, die Leistungserbringung zu überprüfen. Weitere Prüfungen seien -auch aus rechtlichen Gründen- nicht möglich. Vielmehr müsse man auf den neuen Wirtschaftsprüfer vertrauen.

Landrat Püning weist darauf hin, dass man sich in der Verwaltung völlig einig sei. Die Zahlen dürften wohl stimmen. Kritisch seien jedoch die Auswahl der Parameter und die Verteilung auf die Gesellschafter.

Ktabg. Vogelpohl kommt im Anschluss auf die Änderungsliste zurück. An KD Gilbeau gewandt führt er aus, es sei erschreckend gewesen, wie schnell der Kreisdirektor einen Plan B für die Verlustabdeckung bei der RVM verfügbar gehabt habe. Bei der Maßnahme des Pictorius-Berufskollegs stelle sich die Frage, warum die Abwicklung über KfW-Kredite nicht von Anfang an zur Diskussion stand. Ein Kreditszins von 0,8% sei eine gute Alternative zum Einsatz von Eigenmitteln.

LR Püning sagt eine Klärung zu, ob die Alternative nicht bereits in der Haushaltsrede enthalten war. Für die Zukunft könne die Einschätzung berücksichtigt werden. Zu Bedenken sei jedoch, dass seinerzeit ein Grundsatzbeschluss zum Pictorius-Berufskolleg gefasst worden sei.

Landrat Püning leitet sogleich auf den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 02.12.2012 über und verweist auf die Entscheidung des Ausschusses für Schule, Kultur und Bildung, den genannten Antrag im Kreisausschuss behandeln lassen zu wollen.

Ktabg. Rampe führt den großen Wandel in der Schullandschaft als Grund für den Antrag auf. Die SPD-Kreistagsfraktion halte die Erarbeitung eines kreisweiten Schulentwicklungsplanes unter der Moderation des Kreises für sinnvoll. Die einzelnen Städte und Gemeinden stünden angesichts der im Antrag dargestellten Gründe auch in der Schullandschaft immer mehr im Konkurrenzkampf zueinander. Diese beschriebenen Entwicklungen hätten auch Auswirkungen auf die Berufskollegs im Kreisgebiet.

LR Püning berichtet in diesem Zusammenhang, dass die Schulentwicklungsplanung auch auf der Bürgermeisterkonferenz besprochen wurde. Die Kommunen würden großen Wert auf eigenverantwortliches Handeln legen. Ein Abstimmungsprozess mit tangierten Nachbargemeinden würde stets erfolgen. Aufgrund der bereits bestehenden starken Verflechtungen zwischen den Schulen z.B. im nördlichen und im südlichen Kreisgebiet sowie in Dülmen, aber auch über die Kreisgrenze hinaus und der insgesamt nicht homogenen Schullandschaft sei aus Sicht der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister ein kreisweiter Schulentwicklungsplan nicht zielführend. Das Schulamt des Kreises sei bei den Planungsprozessen grundsätzlich immer eingebunden. In gebietsübergreifenden Prozessen übernehme der Regierungspräsident eine lenkende Funktion. Vor diesem Hintergrund mache die beantragte Planung bezüg-

lich der Regelschulen auf Kreisebene wenig Sinn, weil sie von den Gemeinden nicht gewünscht sei.

Ktabg. Stauff erwidert, dass der Antrag nach seiner Auffassung im Grundsatz Sinn mache. Es seien erhebliche Verschiebungen und Veränderungen in der Schullandschaft zu erwarten. So plant das Land Nordrhein-Westfalen den Bereich der Förderschulen zu reformieren. Ktabg. Stauff hält die Diskussion allerdings derzeit noch für etwas verfrüht. Vielmehr solle zunächst die weitere Entwicklung abgewartet werden, um im Anschluss auf eine belastbare Grundlage aufzubauen.

LR Püning nennt als Beispiel das Bildungsnetzwerk, das auch Abstimmungsprozesse auf der Kreisebene beinhaltet. Der Kreis nehme in diesem Zusammenhang eine Auffangfunktion ein. Er befürwortet den Vorschlag des Ktabg. Stauff, bezüglich der Umsetzung der Inklusion zunächst die rechtlichen Rahmenbedingungen abzuwarten. Bisläng würde lediglich auf Referentenentwürfe zurückgegriffen. Die Notwendigkeit, eine engere Verzahnung im Förderschulwesen vorzunehmen, sei unbestritten.

Ktabg. Vogelpohl ergänzt, mit dem Antrag würde der zweite vor dem ersten Schritt gemacht. Zunächst solle der Ist-Stand ermittelt werden, bevor eine weitere Diskussion angestoßen würde. Dazu verweist er auf die ihm bekannte Doktorarbeit zum Thema, die hilfreich sein könnte. Auch müssten konkrete Zahlen von der Verwaltung zur Verfügung gestellt werden.

Ktabg. Kleerbaum hält den Vorschlag unabhängig von der Einschätzung aus der Bürgermeisterkonferenz für überlegenswert. Die finanziellen Überlegungen seien nicht so, dass jetzt etwas unternommen werden müsse. Es gelte zunächst die Entwicklung abzuwarten und anschließend mit guten Argumenten zu überzeugen.

Die Städte und Gemeinden fordern, dass der Kreis keine zusätzlichen Kosten übernimmt. Diese Forderung stehe grundsätzlich im Gegensatz zum Verbraucherschutz. Die Stadt Dülmen sei bereit, 50% der Kosten zu übernehmen. Unter Berücksichtigung der Zahlungen für die Kreisumlage würde sich Anteil noch entsprechend erhöhen. Das Kreisengagement sei vorstellbar, wenn sich die Verbraucherberatung auch auf andere Gemeinden ausweitete. Zusätzlich sei eine Erfolgsabfrage bei anderen Kreisen erforderlich. Es könne nicht sein, dass die Bürgermeister vorgeben, was der Kreistag zu tun habe.

LR Püning berichtet von Gesprächen in Sachen Verbraucherberatung. Es sei aussichtsreich, dass die Grundbedingung, bestimmte Beratungen in der Fläche vorzuhalten, erfüllt werde. Er kündigt eine entsprechende Sitzungsvorlage für die erste Beratungsfolge im Jahr 2013 an.

Ktabg. Rampe stimmt zu, eine offene Diskussion mit den Städten und Gemeinden führen zu müssen. Frau Bürgermeisterin Stremlau habe zum Thema Inklusion mittlerweile den Auftrag aus der Bürgermeisterkonferenz erhalten, zusammen mit den Herren BM Holz und BM Bergmann die Frage der Konnexität mit Ministerin Löhrmann zu erörtern. Er halte den Antrag auch zum jetzigen Zeitpunkt für zielführend.

Sodann lässt LR Püning über den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion abstimmen:

Beschluss:

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag:

Der Kreis Coesfeld beauftragt einen externen Gutachter, der in enger Zusammenarbeit mit den Verwaltungen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden und der Verwaltung des Kreises Coesfeld einen gemeinsamen kreisweiten Schulentwicklungsplan erstellt. Die hierfür möglicherweise anfallenden Planungskosten sind in den Kreishaushalt 2013 einzustellen. Der erstellte kreisweite Schulentwicklungsplan wird den schulpolitischen Gremien und Schulträgern vorgestellt und zur weiteren Diskussion bzw. Umsetzung übergeben.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: 5 JA-Stimmen
 12 NEIN-Stimmen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Im Folgenden erhält Ktabg. Vogelpohl die Möglichkeit, zum Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN vom 09.12.2012 Erläuterungen vorzunehmen.

Er kommt zunächst auf den unter (e) aufgeführten Antrag zu sprechen.

Das Münsterland sei ein moderner Wirtschaftsraum. Das zeige auch der Beitrag von Münsterland TV mit der Kampagne „Jobwunderland“. Die Region stehe in Konkurrenz zu anderen Gebieten und müsse sich daher profilieren. Das Thema Ökoenergie sei positiv besetzt, so dass das Münsterland damit geschlossen auftreten könne. Im Münsterland seien nicht nur produzierende Unternehmen aus der Branche ansässig. Das Münsterland nehme auch bei der Produktion von Öko-Energie eine Vorreiterrolle ein. Mit der Profilierung als „Energierregion Münsterland“ könne man ein Merkmal entwickeln, das das Münsterland von anderen Regionen abhebt. Durch den auf den Kreis Coesfeld entfallenden Anteil von 5.000 € könne Münsterland e.V. dies voranbringen.

Auf die ersten beiden Änderungsanträge der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Bezug nehmend ergänzt Ktabg. Vogelpohl seine Erklärung, Intention sei die Angleichung der Haushaltsdaten an die bekannten KGSt-Richtwerte bis 2016. Eine Anpassung in einem Schritt bis 2014 würde er begrüßen.

Die beantragte Ansatzserhöhung unter Punkt (c) begründet er mit der angestrebten Rücknahme der Ansatzreduzierungen aus den Vorjahren.

Zur Kompensation für die angedachten Erhöhungen in den benannten Ansätzen unterbreitet Ktabg. Vogelpohl in seinem Änderungsantrag unter (d) den Vorschlag, zusätzliche öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte in Höhe von 10.000 € zu veranschlagen. Im betreffenden Produkt seien Einnahmesteigerungen zu erwarten, sodass der dortige Ansatz erhöht werden könnte. Seine Erläuterungen schließen mit der Darstellung ab, sowohl die Kapitalerhöhung als auch die Planungskosten könnten als weitere Kompensation für die Erhöhung bei den vorgenannten Punkten dienen.

Im Anschluss erteilt LR Püning den einzelnen Fraktionen das Wort, um zu den einzelnen Änderungsanträgen der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Stellung zu nehmen.

Ktabg. Kleebaum gibt zu Bedenken, der avisierte Betrag für Münsterland e.V. würde die Profilierung nicht wesentlich beeinflussen. Projekte könnten mit dieser geringen Summe nicht entscheidend vorangebracht werden.

Die Ktabg. Schulze Eskinig und Lonz stellen heraus, die dringenden, wirtschaftlich notwendigen Maßnahmen z.B. beim Gebäudeerhalt seien stets durchgeführt worden. Eine Fristsetzung, bis wann der KGSt Richtwert wieder zu erreichen ist, werde nicht unterstützt. Man müsse sich die Möglichkeit offen halten, auf die jeweilige Haushaltssituation reagieren zu können. Zur vorgeschlagenen Versagung der Kapitalerhöhung erklärt Ktabg. Kleebaum, noch im zuständigen Fachausschuss sei die mangelnde Attraktivität des Angebotes des FMO von der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN kritisiert worden. Mit dem Scheitern des Flughafens Twente könne man die Möglichkeit ergreifen und das Einzugsgebiet des Flughafens Münster/ Osnabrück erweitern. Dazu gehöre auch ein verbessertes Angebot; das Versagen der Kapitalerhöhung wäre kontraproduktiv. Der FMO sei wichtig für den Wirtschaftsstandort. Der Änderungsantrag würde folglich nicht unterstützt.

Im Hinblick auf die derzeit gültigen KGSt-Werte verweist Ktabg. Rampe für die SPD-Kreistagsfraktion auf den RPA-Bericht. Weiterhin seien die Werte in der Vergangenheit durch Beschluss reduziert worden. Den Beteiligten sei bewusst gewesen, dass die Richtwerte wieder anzupassen seien, doch würde die Anhebung innerhalb kurzer Zeit wesentliche Aufwen-

dungen zur Folge haben. Die Verwaltung solle hierfür Vorschläge erarbeiten.

Ktabg. Rampe ergänzt, auch die Ansätze für die Projekte „clever wohnen“ und „Energetisch wirtschaften“ wären im Hinblick auf den EEA und die WfC reduziert worden. Die Notwendigkeit einer Erhöhung würde also nicht (mehr) bestehen. Auch sei eine Kompensation durch höhere Ansätze bei den öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten in der Produktgruppe 39.02-Veterinärndienst kritisch zu betrachten. Das Gebührenaufkommen sei schließlich schwer zu kalkulieren.

Im Zusammenhang mit der vorgesehenen Kapitalerhöhung FMO sowie den Planungskosten für die Ortsumgehung K 8 Olfen bringt er die langen Diskussionen zu beiden Themenblöcken in Erinnerung. Es habe deutliche Beschlussfassungen gegeben.

Ktabg. Stauff entgegnet auf die Darstellung des Ktabg. Vogelpohl, das Münsterland sei mehr als eine Energieregion. Vielmehr habe die Region einen guten Mittelstand und Kommunen, deren Haushalte im Landesvergleich noch gut aufgestellt seien. Es sei ein sorgfältiger Abwägungsprozess notwendig, damit das Münsterland nicht überproportional z.B. durch die Erzeugung von Strom durch Windkraft belastet würde. Die Region dürfe nicht den Ausgleich für andere Regionen schaffen müssen.

Bei den beschriebenen KGSt-Richtwerten sieht Ktabg. Stauff ebenfalls Handlungsbedarf. Ziel müsse es sein, mittel- bis langfristig die Richtwerte wieder zu erreichen.

LR Püning bestätigt, dass für den mittel- bis langfristigen Gebäudeerhalt eine höhere Quote notwendig sei. Die Verwaltung werde für die künftigen Haushaltsplanungen einen sorgfältigen Abwägungsprozess in die Wege leiten und entsprechende Vorschläge erarbeiten. Wie mehrfach schon festgestellt, müsse weiterhin die Möglichkeit bestehen, in jedem Haushaltsjahr individuell eine Entscheidung treffen zu können. Es müsse die Option bestehen, auf die jeweilige Haushaltssituation reagieren zu können.

Ktabg. Vogelpohl unterstreicht nochmals seine Aussage, es gehe nicht darum, innerhalb eines Jahres eine Anpassung zu vollziehen. Vielmehr solle ein klarer Impuls in Richtung Wertehalt bei den kreiseigenen Gebäuden gesetzt werden.

Ergänzend und zur Information der Beteiligten trägt LR Püning vor, bei einer Anhebung der Re-Investitionsquote auf 100% beim Produkt 66.01.01 müssten Mehraufwendungen von rd. 1,5 Mio. € veranschlagt werden.

Schließlich schließt LR Püning die Diskussion und lässt über die Änderungsanträge der Kreisfraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN im Einzelnen abstimmen.

Beschluss:

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag:

- (a) In den Ansätzen bzw. Planungen für die Haushalte 2014 bis 2016 werden in der Produktgruppe 10.02 die Aufwendungen für den Gebäudeerhalt schrittweise auf den Zielwert von 1,2% des Gebäudewertes (KGST Richtwert) angehoben.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: 2 JA-Stimmen
15 NEIN-Stimmen

Der Antrag ist damit abgelehnt.

- (b) In den Ansätzen bzw. Planungen für die Haushalte 2014 bis 2016 wird im Produkt 66.01.01 der Planwert für die Reinvestitionsquote schrittweise auf den Zielwert von 100% angehoben.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: 2 JA-Stimmen
15 NEIN-Stimmen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

- (c) Die Position „sonstige ordentliche Aufwendungen“ in der Produktgruppe 01.02 Kreisentwicklung, Wirtschaftsförderung wird um 5000 Euro zugunsten der Projekte „clever wohnen“ (1000 Euro) und „Energetisch wirtschaften“ (4000 Euro) erhöht.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: 2 JA-Stimmen
11 NEIN-Stimmen
4 Enthaltungen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

- (d) Der Ansatz für die Öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte in der Produktgruppe 39.02 Veterinärdienst wird um 10.000 Euro auf 69.500 € erhöht.

Aufgrund der Ablehnung der Änderungsanträge zu (c) und (e) erklärt sich die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN damit einverstanden, zum genannten Punkt nicht mehr abstimmen zu lassen.

- (e) Für die Profilierung als „Energeregion Münsterland“ werden 5000 Euro in den Haushalt eingestellt.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: 2 JA-Stimmen
11 NEIN-Stimmen
4 Enthaltungen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

- (f) Folgende Investitionen werden aus dem Haushalt 2013 genommen:

- 010113FMO – Kapitalerhöhung FMO (24.565 Euro)

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: 2 JA-Stimmen
15 NEIN-Stimmen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

- 66k08Plan – Planungskosten Ortsumgehung K 8 Olfen (40.000 Euro)

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: 2 JA-Stimmen
15 NEIN-Stimmen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

1. Die **von den Fachausschüssen empfohlenen Änderungen** (siehe Änderungsliste 02/2013) der Zuschussbedarfe aller übrigen im Entwurf des Haushaltes 2013 ausgewiesenen Produktgruppen werden unter Berücksichtigung der während der Beratung beschlossenen Änderungen anerkannt.

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag:

1. Die im vorliegenden Entwurf des Haushaltes 2013 im **Budget 05 "Zentrale Finanzwirtschaft" (Haushaltsplan Seite 469 ff.)** ausgewiesenen allgemeinen Finanzierungsmittel werden unter Berücksichtigung der während der Beratung beschlossenen Änderungen anerkannt.
2. Die im Entwurf vorliegende **Haushaltssatzung (Haushaltsplan Seite H 1 – H 8)** des Kreises Coesfeld für das Haushaltsjahr 2013 mit dem Haushalt und den dazugehörigen Anlagen wird unter Berücksichtigung der sich aus der Beratung ergebenden Änderungen beschlossen.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: 10 JA-Stimmen
2 NEIN-Stimmen
5 Enthaltungen

Anmerkungen:

Die in der Sitzung zur Verfügung gestellte Tischvorlage zum TOP 18 - SV-8-0770/1 „Ergänzende Erläuterungen zur Frage der Finanzierung von Baumaßnahmen über die Förderprogramme der KfW-Bank“ wird der Niederschrift nochmals als Anlage beigefügt.

KREIS COESFELD

N i e d e r s c h r i f t
über die 15. Sitzung des
Kreisausschusses
am 12.12.2012
TOP 19 öffentlicher Teil

Mitteilungen des Landrats

KREIS COESFELD

N i e d e r s c h r i f t
über die 15. Sitzung des
Kreisausschusses
am 12.12.2012
TOP 20 öffentlicher Teil

Anfragen der Ausschussmitglieder

Püning
Landrat

Husmann
Schriftführerin